

## Die Inflation im Euro-Raum zieht an

Die europäische Statistikbehörde Eurostat teilte am Mittwoch mit, dass die Inflation in der Euro-Zone zum Jahreswechsel um 1,1 Prozent angestiegen ist, im November lag die Inflationsrate noch bei 0,6 Prozent. Ökonomen haben die Teuerungsrate zum Jahreswechsel um 0,1 Prozentpunkte niedriger erwartet. Der enorme Anstieg der Inflationsrate sei auf die anziehenden Energiepreise zurückzuführen. Statistiker erwarten, dass Energie mit 2,5 Prozent die höchste jährliche Teuerungsrate aufweist, gefolgt von Dienstleistungen, Lebensmitteln, Alkohol sowie Tabak, die jeweils eine Preissteigerung von 1,2 Prozent aufwiesen. Im November lag die Inflationsrate der Energie noch bei -1,1 Prozent. Bei Betrachtung des Gesamtverlaufs der Inflationsrate im Euro-Raum fällt auf, dass in der ersten Jahreshälfte mit einer Deflation zu kämpfen war und ab September die Inflation anfang anziehen.

Nach Berichten des Handelsblatts sei die Inflationsrate in Deutschland auf den höchsten Stand seit Juli 2013 gestiegen. Hierzulande stieg die Inflationsrate, auch dank der steigenden Energiepreise, auf eine Rate von 1,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die höchste Jahresteuern in Deutschland hat das Bundesland Nordrhein-Westfalen mit 1,9 Prozent im Dezember, im Vormonat November lag diese noch 1,1 Prozentpunkte niedriger bei 0,8 Prozent. Auch in Frankreich ist es teurer geworden, dort stieg die Inflationsrate um 0,1 Prozentpunkte auf 0,8 Prozent. Auch hier sind die stark angestiegenen Energiepreise der Grund, diese stiegen in Frankreich um 4,3 Prozent. In Italien zeichnet sich ein anderes Bild. Dort fiel die Inflationsrate so niedrig wie seit 1959 nicht mehr aus. Im Jahresschnitt lag die Inflation bei -0,1 Prozent und wies somit deflationäre Tendenzen auf. Lediglich durch den Anstieg der Inflation im Dezember von 0,5 Prozent ist die Deflation nicht größer in Italien ausgefallen. Eine Deflation kann dafür sorgen, dass die Konsumenten ihre Nachfrage durch die Erwartung von sinkenden Preisen aufschieben, aufgrund von Absatzverlusten Arbeitsplätze gestrichen werden und somit eine Abwärtsspirale gebildet wird.

Der Anstieg der Inflation des Euro-Raums würde auf den ersten Blick der Europäischen Zentralbank (EZB) in die Karten spielen, diese strebt eine Inflationsmarke von knapp unter zwei Prozent an. Nachdem im März 2016 die Leitzinsen gesenkt und im Dezember das Anleihenprogramm verlängert wurde, könnte man zu der Ansicht gelangen, die Maßnahmen würden greifen. Thomas Gitzel, Chefvolkswirt der VP Bank, wendet ein, dass bei Betrachtung der Kerninflationsrate diese nur um 0,1 Prozentpunkte auf 0,9 Prozent angestiegen sei.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

## Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze:  
 02. Januar bis 08. Januar*

### **Industriesektor: Stimmung steigt**

Montag, 02. Januar – Die Stimmung der Industrieunternehmen ist in der Euro-Zone so gut wie seit April 2011 nicht mehr. Das viel beachtete Konjunkturbarometer Markit-Einkaufsmanagerindex ist im Dezember um 1,2 auf 54,9 Punkte gestiegen. Eine Umfrage unter 3000 Unternehmen habe ergeben, dass die Produktion und Aufträge so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr zugelegt habe. Die Beschäftigung nahm in den Jahresendmonaten ebenfalls stark zu und erreichte Werte die es seit fünf Jahren nicht gab, so der Marktchefökonom Chris Williamson. Hierzulande sei der Index um 1,3 auf 55,6 Punkte gestiegen, dies bedeute ein 35-Monatshoch. Markt-Experte Philip Leake geht davon aus, dass nach dem besten Quartalergebnis seit drei Jahren viele Firmen neues Personal einstellen werden, um die Kapazitäten zu erhöhen, berichtet Reuters.

### **Lagarde fordert gerechtere Wohlstandsverteilung**

Mittwoch, 04. Januar – Die Chefin des IWF Christine Lagarde fordert in einem Gastbeitrag eine gerechtere Wohlstandsverteilung und schlägt den Ländern dazu drei Maßnahmen vor. Erstens sollen geringer qualifizierte Arbeiter

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

Bei der Kerninflation werden Energie- und Nahrungsmittelpreise herausgerechnet, da diese zu stärkeren Schwankungen neigen. So sieht er die Begründung für den Anstieg der Inflation eher in diesen Bereichen und nicht auf Grund der Maßnahmen der EZB, vielmehr prognostiziert er auch weiterhin eine „lethargische“ Entwicklung. Mario Draghi rechne weiterhin damit, das angestrebte Ziel von knapp zwei Prozent erst 2018 oder 2019 zu erreichen, berichtet das Handelsblatt.

Bereits vor der Veröffentlichung der Daten äußerten sich Politiker aus der Union kritisch zu dem expansiven Kurs der EZB. Der Finanzminister des Bundesland Bayern Markus Söder wird vom Handelsblatt zitiert: „Die Nullzinspolitik bei steigender Inflation ist verheerend für den deutschen Sparer. Die EZB muss schnellstmöglich beginnen, die Zinsen wieder Schritt für Schritt anzuheben“. Ähnlich äußerte sich der CDU-Wirtschaftsexperte Carsten Linnemann im Gespräch mit dem Handelsblatt, der die EZB auffordert „Flagge“ zu zeigen, um die Glaubwürdigkeit zu wahren, denn die EZB habe die Nullzinspolitik mit der drohenden Deflationsgefahr im Euro-Raum begründet. Doch bei der ansteigenden Inflation müsse die EZB die Zinsen konsequenterweise wieder erhöhen. „Ansonsten würde sich die Vermutung bestätigen, dass die Nullzinspolitik politisch motiviert ist, und die Zentralbank den südeuropäischen Ländern helfen will“, so Carsten Linnemann. Der Finanz-Staatssekretär Jens Spahn, sprach sich ebenfalls für einen „vorsichtigen Einstieg in den Ausstieg“ der expansiven Geldpolitik der EZB aus, da diese Geldpolitik zahlreiche Nebenwirkungen habe.

Auf der anderen Seite sehen es die Wirtschaftsforscher der Wirtschaftsforschungsinstitut IMK so, dass die Zinsen in absehbarer Zeit in der Nähe von null bleiben müssen. Wenn es nach IMK-Chef Gustav Horn geht, müsse die expansive Geldpolitik solange fortgeführt werden, bis die dringend notwendige Trendwende zu deutlich mehr Investitionen vollzogen sei. In Deutschland sei es ohne weiteres möglich die staatlichen Investitionen um 30 Milliarden Euro zu erhöhen, ohne die Schuldenbremse zu verletzen. Doch sieht er auch die Problematik der politischen Unsicherheiten nach dem Brexit und der US-Wahl, die zu einer Zurückhaltung der Investition geführt habe.

Nach Ansicht von EZB-Direktor Yves Mersch sei die anziehende Inflation noch kein Anzeichen für eine Überwindung der wirtschaftlichen Schwächephase. Ebenso würde die Statistik eines einzelnen Monats die Position nicht verändern. Auch die Lohnentwicklung habe sich nach wie vor nicht dahingehend entwickelt, um den Preisauftrieb anzufeuern, sagte Mersch am Freitag in Paris.

**Hintergrund | Preisniveaustabilität; Zinsen**

[Handelsblatt: Inflation in Euro-Zone klettert auf 1,1 Prozent](#)

mit höheren Investitionen in Gesundheits- und Bildungsbereich direkter unterstützt werden. Zweitens sollen die Länder ihre sozialen Sicherheitsnetze mit Hilfe von Steuerreformen und Mindestlöhne stärken. Drittens solle die Regierung für mehr Fairness in der Wirtschaft sorgen. Dies sei explizit nicht nur Aufgabe der Politik, sondern auch der Wirtschaft, berichtet der Spiegel.

**Höhere Steuern auf Milch und Fleisch?**

Donnerstag 5. Januar – Das Umweltbundesamt fordert eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Milch- und Fleischprodukte. Hintergrund der Forderung ist der neue Bericht des Umweltbundesamtes mit dem Titel „Umweltschädliche Subventionen in Deutschland“, demnach sollen bei der Produktion von einem Kilogramm Rindfleisch Treibhausgasemissionen in Höhe von 7 bis 28 Kilogramm entstehen. Bislang profitieren diese Produkte von einem vergünstigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent, da diese zu den Grundnahrungsmitteln zählen. Dem Bericht zufolge, trage die Landwirtschaft vornehmlich zum Klimawandel bei, insbesondere durch Methan- und Lachgasemissionen. Die Präsidentin der Behörde Maia Krautzberger schlägt vor die zusätzlich entstehenden Steuereinnahmen zu nutzen, um den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von derzeit sieben Prozent weiter zu senken, berichtet die Frankfurter Allgemeine.